



Aufbruch in Ägypten

dpa | Meldung vom 08.02.2011



Klasse 4

Kairo (dpa) - "Geh, tritt zurück! Verschwinde!" Viele Menschen in Ägypten rufen das in den Tagen Anfang Februar 2011 immer wieder. Sie meinen damit ihren Präsidenten Husni Mubarak. Der regiert das Land in Nordafrika schon seit rund 30 Jahren - und zwar sehr streng. Viele Ägypter und Ägypterinnen fühlen sich unterdrückt und haben endgültig die Nase voll von ihm. Sie wollen mehr Freiheit und eine andere Regierung. Deshalb versammeln sie sich immer wieder zu Protesten auf den Straßen. Aber Mubaraks Anhänger und Anhängerinnen halten dagegen. Es kommt zu Unruhen und Kämpfen mit viel Gewalt.



Für viele Menschen in Ägypten ist diese Lage nicht einfach. Zu ihnen gehört auch der zehn Jahre alte Hossam. Er lebt mit seinen Eltern in der Hauptstadt, in Kairo. Die Familie macht sich große Sorgen, so wie viele andere Leute auch. Es geht unter anderem um ihr Haus. Seit dem Beginn der Proteste gab es in der Stadt viel Chaos: Einige Leute überfielen Geschäfte und plünderten Gebäude. Hossams Familie und ihre Nachbarn und Nachbarinnen stehen deswegen vor ihren Häusern und halten Wache. So wollen sie sich vor Räubern schützen.

Auch Hossam geht immer mal wieder raus. Er trägt einen Stock in der Hand und steht vor seinem Wohngebäude. "Ich werde meinem Vater helfen, unsere Wohnung zu schützen", sagt er. Aber das ist ziemlich gefährlich. Seine Mutter ruft ihn deswegen schon nach ein paar Minuten zurück in die Wohnung. Dort ist es sicherer.

Die Unruhen machen Hossam natürlich auch Angst. "Letzte Woche hatte ich viel Angst", erzählt er. "Meine Mutter wollte nicht, dass ich die Wohnung verlasse." Mittlerweile geht Hossam zwar hin und wieder mit den Nachbarskindern auf einen Spielplatz vor dem Haus. Dabei muss er aber vorsichtig sein. Und es gibt wegen der Unruhen Ausgangssperren. Das bedeutet, dass die Leute zu bestimmten Zeiten nicht auf die Straßen gehen dürfen.

Und wie wird es in dem Land auf Dauer weitergehen? Viele hoffen auf Neuwahlen, dass die Menschen in Ägypten mehr mitbestimmen können und es ihnen dann besser geht. Aber Anfang Februar war das alles noch ziemlich unklar.